

Steuer, Werner

Article — Digitized Version

## Gibt es eine europäische Stabilitätskultur?

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Steuer, Werner (1997) : Gibt es eine europäische Stabilitätskultur?,  
Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 2, pp. 86-93

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137437>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Werner Steuer

## Gibt es eine europäische Stabilitätskultur?

*Damit die Europäische Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft auf Dauer Bestand hat, bedarf es nach allgemeiner Ansicht mehr als nur institutioneller Regelungen, der Konvergenz einiger gesamtwirtschaftlicher Kennziffern für eine kurze Referenzperiode und einer auf Preisniveaustabilität verpflichteten unabhängigen Geldpolitik.*

*Notwendig ist vielmehr ein breit fundiertes Stabilitätsbewußtsein in der Bevölkerung, ein stabilitätspolitischer Grundkonsens in Politik und Gesellschaft der teilnehmenden Länder. Gibt es solch eine europäische Stabilitätskultur?*

Um die Europäische Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft zu errichten, trifft der Maastrichter Vertrag eine Reihe institutioneller Vorkehrungen. Er fixiert den Vorrang des Stabilitätsziels (Artikel 3a), überträgt die Verantwortung für die Stabilität des Geldwertes einer unabhängigen Zentralbank (Artikel 105), unterwirft die Wechselkurspolitik der Stabilitätspolitik (Artikel 109) und verpflichtet die Finanzpolitik, „übermäßige“ Haushaltsdefizite zu vermeiden (Artikel 104c). Damit nur geeignete Länder an der Währungsunion teilnehmen, verlangt der Vertrag „einen hohen Grad an dauerhafter Konvergenz“, gemessen an der Entwicklung der Verbraucherpreise, Zinssätze, Wechselkurse und der öffentlichen Verschuldung (Artikel 109j). Damit sind nach Auffassung der Bundesregierung „die Grundvoraussetzungen für eine stabilitätsgerechte Währungsunion gegeben“<sup>1</sup>.

Eine Stabilitätsgemeinschaft erfordert jedoch mehr als institutionelle Vorkehrungen, mehr als die Konvergenz einiger gesamtwirtschaftlicher Kennziffern (in einer obendrein nur kurzen Referenzperiode) und auch mehr als eine auf Preisstabilität verpflichtete, unabhängige Geldpolitik. Damit sie auf Dauer Bestand hat, müssen sich die Entscheidungsträger der beteiligten Länder von den gleichen ordnungs- und stabilitätspolitischen Überzeugungen leiten lassen. Einmütigkeit muß bestehen insbesondere über den inneren Zusammenhang der gesamtwirtschaftlichen Ziele, über den monetären Charakter der Inflation und die Erfordernisse, den Geldwert stabil zu halten.

---

*Dr. Werner Steuer, 61, ist Geschäftsführer der Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer in Bonn*

So müssen sich die Teilnehmer einig sein, daß sich mit weniger Stabilität dauerhafte Wachstums- und Beschäftigungsgewinne nicht erzielen lassen, im Gegenteil. Auch müssen die Bereitschaft und die Fähigkeit zu Haushaltsdisziplin gegeben sein, da drückende Staatsschulden eine stabilitätsgerechte Geldpolitik erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Die Notenbankautonomie darf nicht nur gesetzlich verbrieft sein; sie muß von der Politik aus innerer Überzeugung „gelebt“ und respektiert werden. Jeder Versuch muß unterbleiben, wirtschaftliche Fehlentwicklungen durch inflationäre Geldschöpfung zu bekämpfen. Auch an die Lohntarifparteien werden hohe Anforderungen gestellt. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften müssen den „monetären Mantel“, den die Notenbank vorgibt, akzeptieren. Sie müssen Beschäftigungsprobleme über eine flexible Lohnpolitik auffangen und der Versuchung widerstehen, überhöhte Lohnvereinbarungen durch Druck auf die Notenbank – also zu Lasten des Geldwertes – zu korrigieren.

Einvernehmen der politisch Verantwortlichen über diese Erfordernisse zusammen mit einem breit fundierten Stabilitätsbewußtsein in der Bevölkerung<sup>2</sup> bilden die Stabilitätskultur eines Landes. Gemeinsame Überzeugungen sowohl über den Rang des Stabilitätsziels als auch über die Wege zu diesem Ziel sind gleichsam der Unterbau der Währungsunion. Erst

<sup>1</sup> Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Heyne, Sterzing, Berninger und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. 5. 1996, in: BT-Drucksache 13/4529, S. 20.

<sup>2</sup> Der Sachverständigenrat bezeichnete einmal das starke Drängen der deutschen Bevölkerung auf mehr Stabilität und die Bereitschaft, für deren Wiedergewinnung Opfer zu bringen, als „das größte wirtschaftspolitische Potential der Bundesrepublik“. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1974, Tz. 370.

sie – nicht vertragliche Regelungen – machen eine Währungsunion auf Dauer lebensfähig und krisenfest. So wie ein gutes Fahrzeug eines guten Fahrers bedarf, damit das Ziel sicher erreicht wird, so erfordern die institutionellen Rahmenbedingungen einen stabilitätspolitischen Grundkonsens in Politik und Gesellschaft der teilnehmenden Länder<sup>3</sup>. Um dauerhaft und stabil zu sein, muß die Währungsunion auf einer „gewachsenen und in der Gesellschaft verankerten Stabilitätskultur“ ruhen, nicht aber auf flüchtigen Kriterien, die „sozusagen mit hechelnder Zunge oder gar mit zurechtgeschusterten Einmalergebnissen“ erfüllt werden<sup>4</sup>.

### Kennzeichen

Die Stabilitätskultur eines Landes allein anhand der Maastrichter Konvergenzkriterien zu messen<sup>5</sup>, erscheint allzu vordergründig. So sehen es auch der Deutsche Bundestag und der Deutsche Bundesrat in ihren Resolutionen zum Maastrichter Vertrag vom Dezember 1992<sup>6</sup>. Mißt man mit dem Sachverständigenrat die Stabilitätskultur eines Landes an der langfristigen Preisentwicklung<sup>7</sup>, dann besteht zwischen den größten Ländern der EU ein beträchtliches Gefälle. So stiegen von 1960 bis 1995 die Verbraucherpreise in Westdeutschland um 226%, in Frankreich um 672%, in Großbritannien um 1097%, in Italien um 1638%. Seit Mitte der 80er Jahre ist allerdings eine Konvergenz der Inflationsraten unverkennbar. Während Westdeutschland (1986) Preisstabilität erreichte, verringerten sich die Preissteigerungsraten der drei Partner auf eine Marge von 2 1/2% (F) und etwa 5% (I). Zeitweise (1991 bis 1994) erzielte Frankreich sogar bessere Ergebnisse als Deutschland. Das Bild wachsender Preiskonvergenz ändert sich nur wenig, wenn man dem Vergleich die Interimsindizes zugrunde legt. Ist diese erfreuliche Entwicklung das Zeichen einer sich bildenden, gemeinsamen Stabilitätskultur?

<sup>3</sup> In diesem Sinn äußerte sich auch der Bundesfinanzminister in der Maastricht-Debatte des Bundestages am 8. 10. 1992: „Mindestens ebenso wichtig wie die rechtlichen Vorkehrungen zur Stabilitätssicherung ist die gemeinsame Grundüberzeugung der Mitgliedsländer, durch dauerhafte Stabilität Wachstum und Beschäftigung am besten zu fördern.“ Plenarprotokoll 12/110, S. 9321. Ebenso Franz-Christoph Zeitler: Stabilitätskultur – das Wurzelgeflecht einer harten Währung, in: Kreditwesen 21/1996, S. 11.

<sup>4</sup> Hans Tietmeyer: Rede im Rahmen des Politischen Forums der Deutschen Wirtschaft am 7.10.1996 in Bonn, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 14. 10. 1996, S. 1ff.

<sup>5</sup> „Nach den vorliegenden Konvergenzdaten sind auch in 1995 deutliche Fortschritte bei der stabilitätsgerechten Annäherung der Preissteigerungsraten, der Zinsen und weitgehend auch bei der Stabilisierung der Wechselkurse erreicht worden. Dies zeigt, wie weit sich in vielen Mitgliedstaaten der EU auch durch das Regelwerk von Maastricht bereits eine Stabilitätskultur entwickelt hat.“ Bericht der Bundesregierung über die Entwicklung der Konvergenz in der Europäischen Union im Jahre 1995 vom 6. 3. 1995, S. 2.

### Kontroverse Antworten

Auf diese Frage werden unterschiedliche Antworten gegeben. EWI-Präsident Lamfalussy ist überzeugt, „daß die Idee der Geldwertstabilität in der Gemeinschaft feste Wurzeln geschlagen hat“. Die Einsicht, stabiles Geld sei eine der wichtigsten Grundlagen für Wohlstand, sozialen Frieden und Gerechtigkeit, habe sich in vielen Ländern durchgesetzt. Im Maastrichter Vertrag habe man „die Konsequenzen aus diesem Bewußtseinswandel gezogen“. Lamfalussy sieht in den Stabilisierungserfolgen „eine ernsthafte Abkehr von früheren Denkschemata“<sup>8</sup> und glaubt, das Stabilitätsziel wäre im Maastrichter Vertrag nicht verankert worden, „wenn nicht schon vor den Verhandlungen über den Vertrag in fast allen Ländern und ganz besonders in Europa eine umfassende Bekehrung (eine Art ‘Kulturrevolution’) zum Ziel der Preisstabilität stattgefunden hätte“<sup>9</sup>. Ebenso sieht Jacques Santer, der Präsident der EU-Kommission, in der veränderten Einstellung der europäischen Länder gegenüber der Inflation „ein sichtbares Zeichen für die gewachsene Stabilitätskultur in den EU-Mitgliedsländern und für den Willen, die Währungsunion zu einer Stabilitätsgemeinschaft zu machen“<sup>10</sup>.

Demgegenüber meint Bundesbank-Präsident Tietmeyer, die Diskussionen über die Konvergenzkriterien ließen „Zweifel aufkommen, ob es eine Stabilitätskultur in Europa gibt“. Zwar gebe es unter den europäischen Notenbankgouverneuren „eindeutig einen wichtigen Grundkonsens“ darüber, daß der Euro ein stabiles Geld werden müsse. „Aber man darf nicht übersehen, daß es für jede Zentralbank ein nationales Umfeld gibt. Und da sind die Erfahrungen zum Teil unterschiedlich“<sup>11</sup>. Skeptisch äußert sich auch Schmid-

<sup>6</sup> „Die Natur der Kriterien bedingt es, daß ihre Erfüllung nicht nur statistisch gesichert werden kann. Ihre dauerhafte Erfüllung muß vielmehr auch aus dem Verlauf des Konvergenzprozesses glaubhaft sein.“ Die Entscheidung über den Übergang zur dritten Stufe könne daher „nur auf der Grundlage erwiesener Stabilität des Gleichlaufs bei den wirtschaftlichen Grunddaten und erwiesener dauerhafter haushalts- und finanzpolitischer Solidität der teilnehmenden Mitgliedstaaten getroffen werden“.

<sup>7</sup> „Die Inflationsrate hat sich als der beste Indikator erwiesen für die Fähigkeit eines Landes, seine Probleme nicht nur zu vertagen oder zu überspielen, sondern zu lösen.“ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1981, Tz. 312.

<sup>8</sup> Alexandre Lamfalussy: Preisstabilität und Währungsunion, Vortrag am 29. September 1995 in Köln, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 4. 10. 1995, S. 5.

<sup>9</sup> Alexandre Lamfalussy: Das EWI und die vor ihm liegenden Aufgaben, Frankfurt a.M. 9. 3. 1994, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 11. 3. 1994, S. 11.

<sup>10</sup> Jacques Santer: Pakt von Dublin ist ein Zeichen für die europäische Stabilitätskultur, in: Handelsblatt vom 31. 12. 1996, S. 13.

huber, ehemals EU-Kommissar, heute Mitglied des Bundesbank-Direktoriums. Geldwertstabilität werde in der europäischen Praxis zwangsläufig auch vor dem Hintergrund der unterschiedlichen nationalen Stabilitätskulturen interpretiert werden – „ob uns das immer gefällt oder nicht“<sup>12</sup>.

Gerald Braunberger, Frankreich-Korrespondent der FAZ, kommt aufgrund seiner Beobachtungen zum Ergebnis, es habe trotz langjähriger Zusammenarbeit und trotz der offiziellen Einigung über einige Stabilitätskriterien im Maastrichter Vertrag „in den Köpfen vieler Verantwortlicher kaum eine Annäherung der Ideen gegeben“. In Frankreich verbinde sich stärker als in anderen Industrienationen „immer noch ein ungebrochener Glaube an die Gestaltungskraft der Politik mit einem traditionellen Mißtrauen in die Funktionsfähigkeit freier Märkte“<sup>13</sup>. Winfried Münster, langjähriger Korrespondent der Süddeutschen Zeitung in Brüssel, schließt sich diesem Urteil an<sup>14</sup>.

### Die Haltung der Wissenschaft

In der Wissenschaft dominieren offenbar die Zweifel, ob bereits von einer gemeinsamen Stabilitätskultur gesprochen werden kann. So heißt es im Memorandum führender deutscher Wirtschaftswissenschaftler vom 11. 6. 1992: „Einen Konsens, Preisstabilität als Priorität zu betrachten, gibt es in Gesamteuropa bisher noch nicht“<sup>15</sup>. Zweifel äußert auch der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministe-

rium. Zwar komme das Regelwerk des Maastrichter Vertrages den deutschen Vorstellungen hinsichtlich der institutionellen Vorbedingungen für gutes Geld in Europa sehr nahe. „Es ist aber nicht streitig, daß alle solche Vorkehrungen gutes Geld nur möglich machen, es im günstigen Fall wahrscheinlich machen, nicht aber garantieren können. Zu unterschiedlich ist die wirtschaftliche Kultur der beteiligten Länder, als daß das institutionelle Gerüst einer Geldverfassung mehr als dies vermöchte.“<sup>16</sup> Für Siebert hat der Streit um den Europäischen Stabilitätspakt deutlich gemacht, „daß es zwei diametral entgegengesetzte Auffassungen über die Rolle des Geldwesens in Europa gibt“<sup>17</sup>. Ebenso sieht Scharrer in den deutsch-französischen Kontroversen über ein Beschäftigungskapitel im EU-Vertrag und über den Stabilitätspakt Belege dafür, „daß Frankreich und Deutschland mit der Währungsunion stark abweichende Ziele und Erwartungen verknüpfen“<sup>18</sup>. Zweifel darüber, ob es in Europa ein gemeinsames Stabilitätsbewußtsein gibt, hat auch Willgerodt<sup>19</sup>.

Ungeachtet dieser Meinungsunterschiede läßt sich sagen, daß der Rang der Geldwertstabilität seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre international eine Aufwertung erfuhr. Kennzeichnend dafür sind die Erklärungen des Londoner Weltwirtschaftsgipfels von 1977 („Die Inflation ist keine Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit, sie ist im Gegenteil eine ihrer Ursachen“) und des Venediger Gipfels von 1980 („Inflation hemmt das Wachstum und schadet allen Bereichen unserer Gesellschaft“). Heute setzt kein Land mehr gezielt auf

<sup>11</sup> Hans Tietmeyer: Perspektiven der Währungspolitik, Rede gehalten in Bremen am 10. 2. 1995, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 10. 2. 1995; und ders.: Interview mit der Frankfurter Rundschau vom 14. 5. 1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 20. 5. 1996, S. 2.

<sup>12</sup> Peter M. Schmidhuber: Europäische Union: Geldwertstabilität als realisierbare politische und wirtschaftliche Orientierungsgröße, Rede gehalten in Innsbruck am 7. Juni 1995, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 12. 6. 1995, S. 3.

<sup>13</sup> „Nach klassischer französischer Vorstellung sollten Wechselkurse am besten unbeweglich sein und fallweise vom Staat beeinflusst werden. Das ökonomische Argument, wonach wirtschaftlich begründete Bewegungen von Wechselkursen für alle Beteiligten vorteilhaft sein können, ist weiten Teilen der französischen Elite völlig fremd... Das sind Ansichten, die himmelweit von jenen der Deutschen Bundesbank und wohl auch der meisten Politiker in Bonn abweichen.“ Gerald Braunberger: Währungspolitik in Frankreich, in: FAZ vom 8. 2. 1996, S. 13, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 12. 2. 1996, S. 13.

<sup>14</sup> „Für Frankreich, ein anderer Schluß bleibt kaum, ist die Geld- und Wechselkursstabilität immer noch kein Gut an sich, sondern ein Mittel zum Zweck, nämlich zu dem, sich für die Währungsunion zu qualifizieren und mit Hilfe des künftigen gemeinsamen Wechselkurses Außenhandels- und somit Außenpolitik zu betreiben. Das ist das Gegenteil dessen, was diesseits des Rheins unter Stabilitätspolitik verstanden wird.“ Winfried Münster: Paris denkt doch anders, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. 4. 1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 18. 4. 1996, S. 7f.

<sup>15</sup> Die EG-Währungsunion führt zur Zerreißprobe, in: FAZ vom 11. 6. 1992, S. 15f. In gleichem Sinn meint Vaubel, die EZB wäre „mit einer anderen, einer weniger stabilitätsorientierten öffentlichen Meinung konfrontiert. Sie wäre daher eher geneigt, eine höhere Inflationsrate zuzulassen“. Roland Vaubel: Das Tausziehen um die Europäische Währungsunion, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 1-2/96, S. 16.

<sup>16</sup> Schreiben der Vorsitzenden (Christian Watrin und Olaf Sievert) an den Bundesminister für Wirtschaft vom 24. 1. 1992, S. 1.

<sup>17</sup> „Die eine Konzeption will die Geldversorgung der Volkswirtschaft entpolitisieren..., die andere ist zu einer solchen Entpolitisierung des Geldwesens nicht bereit.“ Er stellt daher die Frage, „wie eine Währungsunion ohne eine gemeinsame Grundphilosophie zwischen den wichtigsten Ländern funktionieren soll“. Horst Siebert: Die Währungsunion erfordert eine gemeinsame geldpolitische Philosophie, in: Handelsblatt vom 21./22. 12. 1996, S. 2.

<sup>18</sup> Hans-Eckart Scharrer: Deutsch-französische Dissonanzen, in: WIRTSCHAFTSDIENST, 76. Jg. (1996), H. 12, S. 606f.

<sup>19</sup> „Bisher fehlt es in vielen und wichtigen Mitgliedsländern sogar an der Erkenntnis, daß man ein solches Bewußtsein entwickeln müßte.“ Eine Währungsunion als Stabilitätsgemeinschaft erfordere die Entpolitisierung des Geldes. Da nicht zu erkennen sei, daß die maßgebenden Ökonomen und Politiker Europas sie wollen, werde die Währungsunion „zu einem unverantwortlichen Täuschungsmanöver“. Hans Willgerodt: Politische Union als Voraussetzung einer Währungsunion?, in: Neuere Entwicklungen in der Geldtheorie und Geldpolitik, Festschrift für Norbert Kloten, Tübingen 1996, S. 157 und 161.

inflationäre Politik zur Ankurbelung der Wirtschaft. Selbst Volkswirtschaften mit traditionell hohen Inflationsraten wie Italien, Spanien oder Griechenland haben sich mit Erfolg um Stabilisierung bemüht, ganz zu schweigen von Frankreich und Großbritannien, die noch in den 70er Jahren zweistellige Inflationsraten hatten und sich heute zum Kreis der Stabilitätsländer rechnen.

Ob diese erfreuliche Annäherung im ordnungs- und stabilitätspolitischen Denken allerdings so weit gediehen ist, daß die Währungsunion ein solides Fundament besitzt, ist zweifelhaft. Denn ungeachtet aller Konvergenzfortschritte sind in den Diskussionen über geldwertrelevante Fragen der Wirtschaftspolitik immer wieder Dissonanzen zu vernehmen. Die Auffassungsunterschiede sind keineswegs von marginaler Bedeutung, sondern berühren zentrale Fragen der Stabilitätspolitik, insbesondere die Geldpolitik, die Finanzpolitik und die Wechselkurspolitik.

#### **Geldpolitik ohne gemeinsames Konzept**

Um ihren Auftrag zu erfüllen, braucht die EZB nicht nur Instrumente und einen unabhängigen Status, der es ihr erlaubt, die Instrumente in voller Wirksamkeit zum Einsatz zu bringen. Sie braucht auch ein taugliches geldpolitisches Konzept. Hierüber schweigt sich der Maastrichter Vertrag aus. Er überläßt es dem EWU und der EZB, für die Geldpolitik eine Strategie zu entwerfen. Im Kreis der Notenbankgouverneure stehen dafür zwei Modelle zur Debatte: das Geldmengenkonzept der Bundesbank und die von der Bank von England favorisierte Strategie der stabilitätspolitischen „Direktsteuerung“. Das Geldmengenkonzept geht von der Erkenntnis aus, daß die Inflation ein monetäres Phänomen ist und infolgedessen ohne eine zielgerechte Steuerung der Geldmenge nicht kontrolliert werden kann. Die Bundesbank betrachtet daher die Orientierung an der Geldmenge als ein „Symbol der deutschen Stabilitätskultur“<sup>20</sup>.

Demgegenüber gewährt das Konzept geldpolitischer „Direktsteuerung“ einer Notenbank größere Handlungsspielräume, da es eine Vielzahl von Wirtschaftsindikatoren zur Auswahl stellt, von der Entwicklung der Wechselkurse, der Löhne und der Zinssätze bis zu den Daten des Arbeitsmarktes, der Kapazitätsauslastung und der Einfuhr- und Erzeugerpreise. Die Vielfalt der Indikatoren begünstigt eine Geldpolitik des „looking at everything“ und ermöglicht eine von Mal zu Mal unterschiedliche Gewichtung der Indikatoren. Dadurch fehlt diesem Konzept jene Selbstbindung, die Geldmengenziele einer Notenbank auferle-

gen. Auch ist eine geldpolitische „Direktsteuerung“ trotz der scheinbar unmittelbaren Ausrichtung auf das Endziel Preisstabilität weniger transparent.

Geldmengenorientierte Politik sieht sich auch heute politischer Schelte ausgesetzt. Die öffentlichen Angriffe französischer Politiker deuten auf fundamentale Auffassungsunterschiede über die Orientierung der Geldpolitik hin<sup>21</sup>. Während die Politik der Banque de France mittlerweile monetaristischen Überzeugungen zuneigt, verharren viele französische Politiker und Ökonomen im Geist einer konjunktur- und wechsellorsorientierten Zinspolitik<sup>22</sup>. Aus ihrer Sicht gewinnt der Euro seine Stabilität nicht aus einer potentialgerechten Geldversorgung, sondern aus der Wirtschaftskraft seines Territoriums<sup>23</sup>.

Zusätzlich erschweren unterschiedliche Finanzierungsstrukturen einen Konsens. Unterschiede in den Sparquoten und den Formen der Geldkapitalbildung der privaten Haushalte, Unterschiede der Unternehmensfinanzierung, der Anwendung kurzfristiger Finanzinstrumente, der Struktur und Tiefe der Geld- und Kapitalmärkte, der Rolle von Zinssubventionen und der steuerlichen Behandlung von Zinserträgen. In Deutschland haben langfristige Zinsbindungen große Bedeutung. Die langfristige Zinsbindung ist hierzulande geradezu „ein Wesenselement unserer Stabilität und Finanzmarktkultur“<sup>24</sup>. Sie vermindert die Konjunkturabhängigkeit der Geldpolitik und vergrößert so deren Handlungsfähigkeit. Demgegenüber dominiert in anderen europäischen Ländern der kurzfristig variable Zins. Von Änderungen der Notenbankzinssätze werden daher in diesen Ländern die Schuldner unmittelbar getroffen, nicht nur – wie in Deutschland – die Neuschuldner und der relativ kleine Teil der Schuldner mit variablen Zinssätzen.

Angesichts dieser Unterschiede dürfte es „nahezu auszuschließen sein, daß Änderungen der geldpolitischen Zinssätze durch die EZB auf dem Weg durch die nationalen Transmissionskanäle in allen beteiligten

<sup>20</sup> Geschäftsbericht für das Jahr 1995, S. 78.

<sup>21</sup> „Die Franzosen haben immer eine andere Philosophie in Bezug auf die Geldpolitik gehabt als wir, und die haben sie offensichtlich weiterhin.“ Karl Otto Pöhl im Gespräch mit der Wirtschaftswoche Nr. 38 vom 12. 9. 1996, S. 34.

<sup>22</sup> Gerald Braunberger: Die Bank von Frankreich erhält für ihre Erfolge wenig Lob, in: FAZ vom 22. 7. 1996, S. 13.

<sup>23</sup> „Der Euro wird auf Sicht härter sein als die Mark, weil er einen größeren Markt hinter sich hat und eine stärkere Wirtschaft.“ Premierminister Juppé in einem Interview mit der Wirtschaftswoche vom 27. 6. 1996, S. 18.

<sup>24</sup> Edgar Meister: Europäische Währungsunion – Voraussetzungen, Chancen und Risiken. Vortrag vom 29. 4. 1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 3. 5. 1996, S. 4.

Ländern weitgehend ähnliche Wirkungen haben werden<sup>25</sup>. Vor allem wegen der großen Bedeutung der kurzfristigen Finanzierungsformen spielen Veränderungen der Notenbankzinssätze in anderen Ländern eine weitaus größere Rolle als hierzulande.

Unter diesen Bedingungen kann es nicht überraschen, daß sich die Notenbankgouverneure im EWU nicht auf ein gemeinsames Konzept verständigt haben. Die Entscheidung soll der EZB vorbehalten bleiben<sup>26</sup>. Man geht gewiß nicht fehl, wenn man in dieser Haltung des EWU ein Zeichen dafür sieht, daß der Konflikt zwischen Regelbindung und Stabilitätssicherung einerseits, Pragmatismus und Konjunkturstützung andererseits nicht überwunden ist.

### Der Streit um den „Europäischen Stabilitätspakt“

Um die Stabilitätspolitik der EZB nicht durch eine unsolide Finanzpolitik des einen oder anderen Teilnehmerlandes zu gefährden, weist der Maastrichter Vertrag die Mitglieder an, „übermäßige öffentliche Defizite“ zu vermeiden (Artikel 104c, Abs. 1). Allerdings gewährleisten die vertraglichen Vorkehrungen Haushaltsdisziplin nicht, da die Sanktionen nicht automatisch wirksam werden, sondern einer politischen Ent-

scheidung bedürfen. Schon die Feststellung eines übermäßigen Defizits ist an eine politische Entscheidung gebunden.

Um diese Mängel zu beheben, schlug der Bundesfinanzminister im November 1995 einen „Europäischen Stabilitätspakt“ vor. Er soll die Neuverschuldung senken, die Sanktionen präzisieren, beschleunigen und vor allem automatisch wirksam werden lassen. Sein Vorschlag fand bei den europäischen Finanzministern verbal Zustimmung. Allgemein wurde eingeräumt, daß das Maastrichter Regelwerk zur Eindämmung der öffentlichen Verschuldung zu schwerfällig ist. Gleichwohl fehlte es an der Bereitschaft, den Waigelschen Stabilitätspakt in eine rechtsverbindliche Form zu gießen. Auf dem Dubliner Gipfel einigten sich die Staats- und Regierungschefs nach zähen Verhandlungen lediglich auf eine Straffung des vertraglichen Sanktionsverfahrens und auf eine gewisse Präzisierung der Ausnahmen. Das eigentliche Ziel der Waigelschen Forderung – die politische Entscheidung über Strafen durch eine weitgehende Automatik zu ersetzen – wurde indes nicht erreicht. Es liegt in der Entscheidung des Ministerrats, Entgleisungen der Finanzpolitik zu ahnden oder nicht<sup>27</sup>. Die Asymmetrie zwischen (integrierter) Geldpolitik und (nationaler) Finanzpolitik birgt beträchtliches Konfliktpotential und stellt eine gemeinsame Stabilitätskultur in Frage.

Auch über die Rolle des Wechselkurses gibt es noch immer fundamentale Auffassungsunterschiede. Sind Wechselkursänderungen aus deutscher Sicht ein notwendiges und marktkonformes Mittel vor allem zum Ausgleich von Preis- und Zinsniveaudivergenzen, so sind sie für französische Politiker ein störendes Element. Frankreich mißt der Wechselkursstabilität traditionell eine sehr große Bedeutung bei. Mit der Stabilität der Wechselkurse verbindet es in hohem Maße Glaubwürdigkeit und politisches Prestige. Diese Einstellung hat die Anwendung der EWS-Regeln besonders in den Jahren 1987 bis 1993 so stark behindert, daß das System schließlich de facto zusammenbrach<sup>28</sup>.

<sup>25</sup> Helmut Schieber, Robert Heinbücher: Finanzmarktstrukturen, Zahlungsverkehrssysteme und Geldpolitik: Nationale Erfahrungen und Implikationen für die EZB, in: Neuere Entwicklungen in der Geldtheorie und Geldpolitik, Festschrift für Norbert Kloten, Tübingen 1996, S. 341.

<sup>26</sup> „The EMI does not consider it possible, or necessary, to determine more specifically at this stage which strategy should be preferred one to be adopted by the Governing Council of the ECB.“ EMI: The Single Monetary Policy in Stage Three, Januar 1997, S. 2f.

<sup>27</sup> Der Streit um den Stabilitätspakt macht Konvergenzdefizite sichtbar. Mitteilungen und Kommentare zur Geldwertstabilität, hrsg. von der Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer, Bonn, Nr. 1/1997 vom 6. 1. 1997, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 10. 1. 1997, S. 4f.

<sup>28</sup> Eine detaillierte Dokumentation der Auseinandersetzungen geben Eric Aeschimann, Pascal Riché: La Guerre de Sept Ans. Histoire secrète du franc fort 1989-1996, S. 133ff.

<sup>29</sup> Jean Arthuis: Frankreich und die Wirtschafts- und Währungsunion. Rede vor dem DIHT am 17. 6. 1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 26. 6. 1996, S. 19.

Monopolkommission

## Sondergutachten 24

### Die Telekommunikation im Wettbewerb

Sondergutachten der Monopolkommission gemäß § 24 b Abs. 5 Satz 4 GWB

1996, 36 S., Rückendrahtheftung, 18,- DM, 131,- öS, 17,- sFr, ISBN 3-7890-4258-7  
(Monopolkommission – Sondergutachten, Bd. 24)



NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden

Auch unter Staatspräsident Chirac hält Frankreich an seiner wechselkurspolitischen Tradition fest. So betrachtet Finanzminister Jean Arthuis Wechselkursstabilität innerhalb der EU als „absolut notwendig“. „Frankreich mißt dieser Frage eine besondere Bedeutung bei.“ Wechselkursstabilität sei „eine unabdingbare Voraussetzung für das gute Funktionieren des Binnenmarktes“<sup>29</sup>. Im Einklang mit diesen Vorstellungen schlug er beim informellen Treffen der EU-Finanzminister Anfang April 1996 in Verona einen „Währungs-Stabilitätspakt“ für die Wechselkurse zwischen „Ins“ und „Outs“ vor. Ein Sanktionsmechanismus soll kompetitive Abwertungen verhindern, indem Abwertungsländern Strukturfondsmittel in Landeswährung ausgezahlt oder gekürzt werden<sup>30</sup>. Insbesondere der belgische Finanzminister unterstützte diesen Vorschlag.

Die kontroverse Grundhaltung spiegelt sich auch in der Beurteilung der Frage wider, wie die Beziehungen zwischen dem Euro und Drittwährungen (insbesondere dem Dollar) geordnet werden sollen. Französische Politiker verweisen mit Vorliebe auf Artikel 109 des Maastrichter Vertrages, demzufolge der Ministerrat den wechselkurspolitischen Rahmen für die Geldpolitik bestimmt<sup>31</sup>. Demgegenüber sehen deutsche Beobachter in dieser Vorschrift eine Schwäche des Vertrages, weil sie die Autonomie der EZB in Frage zu stellen vermag.

### Umstrittene Notenbankautonomie

Die Auffassungsunterschiede über die Rolle der Geldpolitik, die Widerstände bei der Umsetzung des „Europäischen Stabilitätspakts“ und das kontroverse Verständnis von der Funktion des Wechselkurses deuten auf tiefgreifende Divergenzen im ordnungspolitischen Denken hin. Äußerungen französischer Politiker und Publizisten aus jüngster Zeit erhärten diesen Befund. Insbesondere die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank wird durch sie immer wieder in Frage gestellt.

So erklärte Staatspräsident Mitterrand am Vorabend des Referendums über den Maastrichter Vertrag (am 3. 9. 1992), die „Techniker“ der EZB hätten lediglich die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs auszuführen<sup>32</sup>. Im gleichen Sinn äußerte sich Jahre später Staatspräsident Chirac, als er den Europäischen Rat als jene „politische Kraft“ bezeichnete, die „klar der monetären Kraft die Grenzen ihres Tuns aufzeigt“ und ihr „seine Orientierungen gibt“<sup>33</sup>. Auch die Berufung von zwei – dem Staatspräsidenten nahestehenden – Mitgliedern des Geldpolitischen Rates der Banque de France im Januar 1997 kann als ein

Zeichen dafür gedeutet werden, wie wenig sich der Staatspräsident mit der Autonomie der Notenbank abfindet und wie er versucht, auf die Beschlüsse der Notenbank Einfluß zu nehmen<sup>34</sup>.

In die gleiche Richtung geht die Forderung Frankreichs nach einem „Rat für Stabilität und Wachstum“. Dieses Gremium soll sich nicht darauf beschränken, mit dem Gouverneur der EZB zu diskutieren, sondern es soll „ihm seine Einschätzung mitteilen“<sup>35</sup>. Nicht nur läßt diese Forderung es an Respekt vor der Notenbankautonomie fehlen; sie steht auch im Widerspruch zum Maastrichter Vertrag, der den EU-Organen ebenso wie den nationalen Regierungen jeden Versuch untersagt, „die Mitglieder der Beschlußorgane der EZB oder der nationalen Zentralbanken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinflussen“ (Artikel 107 EG-Vertrag und Artikel 7 der EZB-Satzung). Unverbümter noch stellt Paul Marchelli, Mitglied des Geldpolitischen Rates der Banque de France, die Unabhängigkeit der EZB in Frage, wenn er für den Geldpolitischen Rat das Recht fordert, dem Vertreter Frankreichs in der EZB „seine Meinung zu sagen“<sup>36</sup>.

Obwohl also die Notenbankautonomie vertraglich fest verankert ist, wird sie nicht überall akzeptiert. Zu sehr widerspricht sie traditionellem Denken und Handeln, als daß sie von allen Partnern angenommen würde. Deutlich formuliert es Chevènement, der ehemalige französische Verteidigungsminister: „Die Idee, die Währungspolitik, die ein Kernstück der Wirtschaftspolitik ist, dem Einfluß allgemeiner Wahlen zu

<sup>29</sup> Paris fordert strikteres EWS, in: Handelsblatt vom 28. 3. 1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 29. 3. 1996, S. 3.

<sup>31</sup> „Die Zentralbank hat bei einem bestimmten, von den Regierungen gewählten Wechselkurs die Inflation im Zaum zu halten und die Stabilität der Währung zu garantieren.“ Premierminister Juppé im Interview mit der Wirtschaftswoche vom 27. 6. 1996, S. 22.

<sup>32</sup> Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 9. 9. 1992, S. 1f.

<sup>33</sup> „Il faut qu'en face de la banque centrale européenne il y ait une institution politique responsable. ... Cela doit être tout simplement le Conseil européen, c'est-à-dire un pouvoir politique susceptible d'indiquer clairement au pouvoir monétaire quelles sont les limites de son action... C'est par définition le pouvoir des chefs d'Etat et de gouvernement, qui donne ses orientations à un pouvoir monétaire.“ Gespräch des Staatspräsidenten Jacques Chirac mit fünf Journalisten im TF 1 am 12. 12. 1996. Quelle: Französische Botschaft Bonn.

<sup>34</sup> Banque de France im Kreuzfeuer, in: Börsen-Zeitung vom 7. 1. 1997, S. 1.

<sup>35</sup> Staatspräsident Chirac in der Pressekonferenz nach dem Dubliner Gipfel am 14. 12. 1996. Frankreich-Info, Bonn, vom 19. 12. 1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 31. 12. 1996, S. 12.

<sup>36</sup> FAZ vom 14. 1. 1997, S. 11.

<sup>37</sup> Jean-Pierre Chevènement: Wer von der Politik nicht reden will, soll vom Euro schweigen, in: FAZ vom 17. 1. 1997, S. 39.

entziehen, wirkt in Frankreich wie ein historischer Rückschritt.<sup>437</sup>

Gewichtiger noch sind die Auffassungsunterschiede über den wirtschaftlichen Zweck der Währungsunion. Während Deutschland mit ihr eine europäische Stabilitätsgemeinschaft installiert sehen möchte, geht es Frankreich in erster Linie darum, sich vom „dictat allemand“ der Bundesbank zu lösen, Mitwirkung an den geldpolitischen Entscheidungen zu erlangen und über den Euro Einfluß auf die Wechselkurspolitik gegenüber dem Dollar zu gewinnen. In aller Deutlichkeit wurden die französischen Motive in jüngerer Zeit offenbar, als sich in Frankreich unter dem Eindruck wachsender Beschäftigungsprobleme die öffentliche Diskussion über die Währungsunion kräftig belebte. Als „äußerst gefährlich“ bezeichnet Pöhl diese Diskussion, die zeige, „daß es offenbar einen mehr oder weniger versteckten Dissens über den Sinn und Zweck einer Wirtschafts- und Währungsunion gibt“<sup>438</sup>.

### Wachsendes Unbehagen in Frankreich

In dieser Diskussion treten längst überwunden geglaubte Auffassungen zutage. So herrscht in Frankreich großes Unbehagen, eine europäische Stabilitätsgemeinschaft gehe zu Lasten von Wachstum und Beschäftigung. Die unbefriedigende Beschäftigungslage wird weithin mit den Stabilisierungsfortschritten der letzten Jahre in Verbindung gebracht. Diese Sicht erklärt die Vorbehalte gegenüber der seit 1983 betriebenen Politik des „Franc fort“<sup>439</sup>. Selbst ein Mitglied des Geldpolitischen Rates macht sich diese Vorbehalte öffentlich zu eigen<sup>440</sup>.

Im Ringen um eine Verständigung über den Stabilitätspakt traten in Dublin so viele und so fundamentale Auffassungsunterschiede zutage, daß Kommentatoren von verschiedenen Währungskulturen sprachen<sup>441</sup>. Französische Stimmen kommen zum gleichen Ergebnis. Max Gallo stellt die Frage: „Haben wir

es nicht mit zwei unterschiedlichen, in der Geschichte verwurzelten Nationen zu tun? Wird der Versuch, sie mit aller Gewalt in eine Form zu pressen – die der gemeinsamen Währung –, nicht die Gegensätze wiederbeleben?“<sup>442</sup> Emmanuel Todd glaubt, anders als Deutschland benötige Frankreich „ein Mindestmaß an Inflation“: „Wenn wir weniger als 3,5 Prozent Inflation haben, ist die Gesellschaft blockiert, das System lahmgelegt.“ Auch ist er überzeugt, daß die Währungsunion den Antagonismus zwischen Deutschland und Frankreich verstärkt, ja den Streit zwischen den Staaten von neuem entfacht<sup>443</sup>.

Todd und Gallo stehen mit ihrer kritischen Sicht nicht allein. Aus unterschiedlichen politischen Lagern Frankreichs wird eine expansive Ausrichtung der Geldpolitik und eine Abwertung von Franc und D-Mark gefordert<sup>444</sup>. Zu den Kritikern gehören der ehemalige Premierminister Balladur<sup>445</sup> ebenso wie der ehemalige Wirtschafts- und Finanzminister Madelin<sup>446</sup> und Jacques Attali, langjähriger Mitterrand-Berater<sup>447</sup>. Besondere Aufmerksamkeit fand die Rede Giscard d'Estaings vor der Nationalversammlung, in der vor den Risiken der Währungsunion gewarnt, eine Abwertung des Franc gegenüber dem Dollar gefordert und vor einer starken Stellung der Zentralbanken gewarnt wurde<sup>448</sup>. Auch in den Reihen der Sozialisten breitet sich Unmut über die Währungsunion aus. In wirtschaftspolitischen Leitlinien der Partei werden ein großer Teilnehmerkreis, ein politisches Gegengewicht zur EZB, ein „Solidarpakt für Wachstum“ sowie ein fester Wechselkurs zwischen Euro und Dollar gefordert<sup>449</sup>.

Großes Aufsehen erregte ein polemischer Angriff des Soziologen Pierre Bourdieu auf die Bundesbank und deren Präsidenten<sup>450</sup>. Bourdieu attackiert nicht allein die derzeitige Geldpolitik, sondern den „konservativen Dogmatismus“ und den Neoliberalismus: „Die ökonomische Sicht der Dinge tötet jede Utopie.“<sup>451</sup>

<sup>38</sup> Karl Otto Pöhl: Frankreichs Mißtrauen in die Märkte ist gefährlich, in: FAZ vom 18. 1. 1997, S. 12.

<sup>39</sup> François Bilger: Die öffentliche Meinung in Frankreich zur Europäischen Währungsunion. Vortrag vor dem Arbeitskreis „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ der List Gesellschaft am 8. 11. 1996 in Frankfurt am Main (unveröffentlichtes Manuskript).

<sup>40</sup> Jean-Pierre Gérard im Gespräch mit Le Monde vom 29. 11. 1996, S. 17.

<sup>41</sup> Peter Hort: Zwei Währungskulturen, in: FAZ vom 16. 12. 1996, S. 1; Andreas Oldag: Europa springt über die Euro-Hürde, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. 12. 1996, S. 4.

<sup>42</sup> Max Gallo: Das Europa der Deutschen, in: Der Spiegel, 51/1996, S. 140f.

<sup>43</sup> Emmanuel Todd: Die Welt ist brutaler geworden, in: FAZ vom 16. 12. 1996, S. 36.

<sup>44</sup> Wachsende Kritik an der Geld- und Währungspolitik in Frankreich, in: FAZ vom 19. 9. 1996, S. 19; in den französischen Medien wächst die Kritik an Deutschland, in: FAZ vom 1. 10. 1996, S. 18.

<sup>45</sup> Handelsblatt vom 24. 9. 1996, S. 37.

<sup>46</sup> Pour sortir du piège de la déflation, in: Le Monde vom 30. 8. 1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 13. 9. 1996, S. 14f.

<sup>47</sup> Handelsblatt vom 15. 10. 1996, S. 2.

<sup>48</sup> Wohlüberlegter Angriff auf die Währungspolitik Juppés, in: FAZ vom 29. 11. 1996, S. 7.

<sup>49</sup> Hans-Hagen Bremer: In Paris wächst leiser Unmut über den Euro, in: Hannoversche Allgemeine vom 16. 11. 1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 21. 11. 1996, S. 5f.; Diskussion in Frankreich über Wechselkurse von Franc, Euro, Dollar, in: FAZ vom 26. 11. 1996, S. 16.

<sup>50</sup> Die Zeit Nr. 45 vom 1.11.1996, S. 2.



Zu den Kritikern gehört auch Philippe Séguin, der Präsident der französischen Nationalversammlung. Er fordert Staatspräsident Chirac auf, mit Deutschland einen offenen Dialog über Sinn, Ziele und Inhalte der Währungsunion zu führen. Er empfiehlt eine lockere Auslegung der Konvergenzkriterien und spricht sich für den Euro als Instrument der Beschäftigungs- und Wechselkurspolitik aus<sup>52</sup>. Charles Pasqua – wie Séguin ehemals prominenter Maastricht-Gegner – erklärt, er sei nicht bereit, die Ideale der Revolution durch „Stabilität, Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität“ zu ersetzen<sup>53</sup>.

Grundsätzliche Bedenken gegen das Inkrafttreten der Währungsunion äußert Chevènement. Er wehrt sich dagegen, die Geldpolitik – „ein Teil der Wirtschaftspolitik“ – in die Hände eines „Areopags von Bankiers“ zu legen, „die niemand je gewählt hat“. Notenbankautonomie („selbstherrliche Zentralbank“), föderale Struktur und Wirtschaftsliberalismus als Grundton des Maastrichter Vertrages seien „nicht die traditionelle Machart der französischen Politik, die eher auf staatlichen Interventionen der Wirtschaft beruht“. Deshalb werde es in Frankreich eine Kampagne für ein neues Referendum über die Währungsunion geben<sup>54</sup>.

Viele Beobachter kommen zum Ergebnis, daß über den Sinn des Maastrichter Vertrages zwischen Frankreich und Deutschland keine volle Übereinstimmung besteht<sup>55</sup>. Der Widerhall, den die französischen Kritiker in ihrem Land und selbst in den Reihen der Regie-

rungsparteien finden, ist groß. Er spiegelt Unbehagen vor allem darüber wider, daß die geldpolitischen Entscheidungen einer politisch unabhängigen Institution übertragen werden sollen. Die „Idee Bundesbank“ läuft dem französischen Staatsverständnis zuwider, das auch – ja gerade – die Geldpolitik und die Wechselkurspolitik in der Verfügung der Politik sehen will<sup>56</sup>.

### Resümee

Trotz einer gewissen Annäherung im wirtschaftspolitischen Denken und ungeachtet einer geradezu spektakulären Konvergenz der Preissteigerungsraten kann von einer europäischen Stabilitätskultur bislang schwerlich die Rede sein. Zu sehr divergieren die Auffassungen besonders zwischen Deutschland und Frankreich über die Beziehungen zwischen Preisstabilität und Wirtschaftswachstum, über den Sinn einer unabhängigen Zentralbank, über die Haushaltsdisziplin und nicht zuletzt über die Wechselkurspolitik. Wie die in Frankreich seit 1996 mit wachsender Intensität geführte Diskussion zeigt, hat der Maastrichter Vertrag diese Unterschiede im ordnungspolitischen Denken nicht ausgeräumt.

Die von deutscher Seite durchgesetzten vertraglichen Vorkehrungen für stabiles Geld widersprechen französischen Denktraditionen und werden daher in Frankreich weithin nicht akzeptiert. Die zusätzlichen Forderungen der Bundesregierung (Frankfurt am Main als Sitz der EZB, Euro statt Ecu, Stabilitätspakt) haben die deutsche Handschrift noch akzentuiert und die Vorbehalte verstärkt. Frankreich findet sich zu wenig in einer Währungsunion wieder, die nach seinem Verständnis in der Hauptsache Mitbestimmung über die gemeinsame Geldpolitik und Einfluß auf die Wechselkurspolitik gewähren soll.

Um die Währungsunion für Frankreich akzeptabel zu machen, bringt die französische Regierung mit wachsendem Nachdruck ihre Vorstellungen zur Geltung. Ein „Stabilitätsrat“ soll politischen Einfluß sowohl auf die Wechselkurspolitik als auch auf die EZB ermöglichen. Die Berufung eines Franzosen als ersten Präsidenten der EZB würde die französischen Elemente stärken und die Akzeptanz der Währungsunion in Frankreich erhöhen.

Sollte die Währungsunion in Gang gesetzt werden, bevor die fundamentalen Auffassungsunterschiede ausgeräumt sind, steht sie auf einer labilen Basis. Sie wird dann weder Geldwertstabilität gewährleisten noch eine friedentiftende Wirkung im Rahmen der politischen Integration Europas haben können. Eher droht sie zu einer Quelle von Querelen zu werden.

<sup>51</sup> Interview mit dem Spiegel Nr. 50/1996, S. 172 ff.

<sup>52</sup> FAZ vom 19.9.1996, S. 19.

<sup>53</sup> Handelsblatt vom 31.12.1996, S. 14.

<sup>54</sup> Jean-Pierre Chevènement im Gespräch mit dem Deutschlandfunk am 16. 1. 1997.

<sup>55</sup> „Hier prallen zwei fundamentale Stabilitätskulturen aufeinander.“ Peter Gillies: Mark ohne Pickelhaube, in: Die Welt vom 22. 1. 1997, S. 4. „Indes kommt allmählich ans Tageslicht, was die Eingeweihten trotz gegenteiliger Beteuerung immer schon gewußt haben: Darüber, wie der Wert des Geldes stabil gehalten werden kann, gibt es zwischen Bonn sowie Frankfurt auf der einen Seite und Paris auf der anderen keinen Konsens.“ Winfried Münster: Frankreichs Angst vor dem starken Euro, in: Süddeutsche Zeitung vom 2. 12. 1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 2. 12. 1996, S. 20. In gleichem Sinn die Neue Zürcher Zeitung (vom 11./12. 1. 1997, S. 9): „... schwerwiegender ist die Tatsache, daß zwischen den beiden 'Schlüssel-Ländern' Deutschland und Frankreich unterschiedliche ordnungspolitische Vorstellungen bestehen. Entsprechend verbinden sie mit der Währungsunion höchst unterschiedliche Ziele.“ Ebenso meint Peter Tolzien (Das deutsch-französische Paar, in: Deutsche Sparkassen-Zeitung vom 13. 9. 1996, S. 1), „daß zwischen Deutschland und Frankreich weiterhin große Unterschiede bestehen“. Rudolph Chimelli: Frankreich murt wider Maastricht, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. 11. 1996, abgedruckt in: Deutsche Bundesbank: Auszüge aus Presseartikeln vom 27. 11. 1996, S. 4f.

<sup>56</sup> Vgl. dazu Hans D. Barbier: Münzen und Monstranzen. Kampf um die Idee Bundesbank: Eine Art Religionskrieg, in: FAZ vom 23. 1. 1997, S. 33.